

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

Jalaluddin Haqqani verstorben

Am 03. September bestätigten die Taliban via Twitter, dass Jalaluddin Haqqani (geb. 1939) nach jahrelanger schwerer Krankheit verstorben ist. Der genaue Zeitpunkt und Ort seines Todes sind nicht bekannt. In den 1980er-Jahren baute er das *Haqqani*-Netzwerk auf, eines der mächtigsten Gruppen des afghanischen Widerstandes. Zuletzt war das Netzwerk wegen seiner Angriffe auf NATO-Soldaten in Afghanistan gefürchtet. Jalaluddin galt als erfahrenster Islamistenführer der pakistanisch-afghanischen Grenzregion. Seine Nachfolge übernahm schon vor Jahren Sirajuddin Haqqani (geb. 1989), einer seiner zwölf Söhne, der auch stellvertretender Anführer der afghanischen Taliban ist.

Pompeo besucht Pakistan

US-Außenminister Mike Pompeo gilt durch sein früheres Amt als CIA-Direktor als Pakistankenner. Anfang September reiste er nach Islamabad um einen Neuanfang der Sicherheitszusammenarbeit mit Pakistan einzuleiten und die Taliban an den Verhandlungstisch zu bringen. Bereits vor Antritt der Reise gab Washington zur Überraschung vieler Analysten bekannt, dass das pakistanische Militär in diesem Jahr keine Gelder aus dem Fonds zur Koalitionsunterstützung erhalten wird. Trump will nicht als Verlierer des Krieges in Afghanistan gesehen werden und erhöht daher den Druck auf Pakistan. Pompeo überbrachte auch die Botschaft, dass die USA ein IWF (Internationaler Währungsfonds)-Rettenungsprogramm kritisch beurteilen, da amerikanische Steuerzahler so für chinesische Kredite einstünden und die pakistanische Regierung von ihrer fiskalpolitischen Verantwortung entbunden würde. Ob das verstärkte Einschüchtern Pakistans positive Resultate im Krieg gegen den Terror generiert, gilt allerdings als fraglich. Mitte November fand eine weitere Gesprächsrunde zwischen den Taliban und einer US-Delegation in Doha statt. Als vertrauensbildende Maßnahme kam es bereits am 24. Oktober zur Freilassung etwa des Taliban-Mitbegründers Mullah Baradar aus seinem Hausarrest in der pakistanischen Stadt Peschawar.

Finanzspritze aus Riad

Der pakistanische Finanzminister, Imran Khan, sagte seine geplante Reise zur Zukunftsinvestitionsinitia-

tive Ende Oktober nach Saudi Arabien nicht ab. Das Geschäftsforum wurde nach dem Bekanntwerden der Ermordung des Journalisten Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul von vielen Teilnehmern boykottiert. Khan begründete seine Reise mit der schlimmsten Schuldenkrise in der Geschichte Pakistans. Khan erklärte, das Defizit des diesjährigen Haushaltsjahres betrage gegenwärtig 12-13 Milliarden US-Dollar. Der IWF erwartet für 2019 einen Anstieg der Inflationsrate in Pakistan auf 7,5 Prozent (2018: 3,9) und senkt die Wachstumsprognose des BIP (Bruttoinlandsprodukt) auf 4 Prozent (2018: 5,8). Nach seinem Treffen mit König Salman am 23. Oktober wurde bekannt, dass die saudische Regierung Pakistan mit drei Milliarden US-Dollar in Form von Devisen unterstützen wird. Zusätzlich gibt es einen einjährigen Zahlungsaufschub für Ölimporte im Wert von bis zu drei Milliarden US-Dollar. Auch wurde Khan eine Senkung der Visagebühren für pakistanische Arbeitsmigranten zugesagt. Die saudische Regierung möchte in die Erdölraffinerie in Pakistan und den Abbau von Bodenschätzen in Belutschistan investieren. Weitere Bedingungen für die Finanzhilfen sind nicht öffentlich bekannt geworden; die Opposition befürchtet militärische Zusagen für den Krieg im Jemen.

Verbot der Jamaat ud-Dawa aufgehoben

Am 25. Oktober erklärte ein Gericht in Islamabad, dass das pakistanische Verbot von Hafiz Saeeds Terrororganisationen *Jamaat ud-Dawa* und *Falah-i Insaniyat Foundation* abgelaufen sei und nicht verlängert wurde. Beide Organisationen wurden durch Resolutionen des UN-Sicherheitsrates verboten. Die von Imran Khan angeführte Regierung hatte keine Verlängerung des Verbotes beschlossen.

UFO über Islamabad

Am 24. Oktober soll nach Angaben eines israelischen Journalisten ein israelischer Privatjet in Islamabad gelandet sein. Das Flugzeug kam mutmaßlich von Amman und flog nach zehnstündigem Aufenthalt in Islamabad weiter nach Tel Aviv. Tags darauf besuchte Netanjahu Amman. Die pakistanische Regierung bestreitet den Vorfall in aller Schärfe. Pakistan und Israel unterhalten keine diplomatischen Beziehungen. Präsident Alvi bekräftigte, dass Pakistan keine Beziehungen zu Israel aufbauen möchte.

Schuldirektor wegen Kindesmissbrauch verurteilt

Ende Oktober wurde ein Schuldirektor einer Privatschule in Peschawar zu 105 Jahren Haft und einer Geldstrafe von 1,4 Millionen Rupien verurteilt. Ihm wurden Kindesmissbrauch, Vergewaltigung, das Filmen sexueller Handlungen und Erpressung vorgeworfen. Er wurde unter anderem nach Paragraf 377 (Sodomie) des pakistanischen Strafgesetzes verurteilt.

Aufruhr nach Freispruch von Asia Bibi

Am 31. Oktober 2018 wurde das Urteil des Obersten Gerichts vom 08. Oktober 2018 veröffentlicht, das die Freilassung der christlichen Farmarbeiterin Asia Bibi anordnet. Bibi wurde im November 2010 in einem umstrittenen Prozess wegen mutmaßlicher Beleidigung des Propheten zum Tode verurteilt. Religiöse Parteien organisierten prompt Massenproteste. Pir Afzal Qadri, Parteivize der TLP (*Tahrīk-i Labbaik Pākistān*; Bewegung des „Ich bin Dir zu Diensten, Prophet!“ Pakistan; siehe Artikel), rief zur Ermordung der drei involvierten Richter auf sowie zum Aufstand innerhalb des Militärs und Widerstand gegen die Regierung Imran Khans. Khan hat die Gewalt der Protestierenden in einer fulminanten Fernsehansprache scharf verurteilt. Schulen blieben tagelang geschlossen und die Mobilfunknetze wurden tagsüber in allen größeren Städten mehrere Tage lang abgeschaltet. Am 2. November einigte sich die TLP mit der Regierung auf die Beendigung der gewaltsamen Proteste. Im Gegenzug unterstützte die Regierung eine Prüfung des Freispruchs auf Revision und ein Verfahren zur Einleitung eines Ausreiseverbotes für Asia Bibi. Bibis Anwalt, Saif ul-Mulook, floh in die Niederlande. Am 8. November wurde Bibi mit ihrer Familie an einen offiziell unbekanntem Ort geflogen. Für den Tag hatten die religiösen Parteien einen „Marsch der Millionen“ in Karatschi organisiert. Mehrere Länder, darunter auch Deutschland, haben für Bibi mittlerweile eine Aufenthaltsgarantie erteilt.

Angriff auf chinesisches Konsulat

Am 23. November haben drei Attentäter der Befreiungsarmee Belutschistan das chinesische Konsulat in der Hafenstadt Karatschi angegriffen. Sie töteten zwei Polizisten und zwei Zivilisten. Die Attentäter wurden erschossen. China steht wegen der Bevorzugung chinesischer Arbeiter für seine Infrastrukturprojekte in Pakistan in der Kritik. Peking verurteilte das Attentat scharf und ermahnte die pakistanische Regierung, die Sicherheit aller Chinesen in Pakistan zu gewährleisten.

Sami ul-Haq ermordet

Am 2. November wurde der ehemalige Senator Maulana Samiul-Haq (geb. 1936) in seinem Haus in Rawalpindi erstochen. Der Religionsgelehrte war Direktor der radikalislamischen „Dschihaduniversität“ *Dar ul-ulum Haqqania* und gilt als Vater der Taliban. Er sollte zuletzt als Mediator für Friedensgespräche mit den Taliban fungieren.

Wirtschaftshilfe aus China

Am 2. November traf Imran Khan den chinesischen Präsidenten in Peking. Tags darauf sagte der chinesische Vizepräsident Pakistan Wirtschaftshilfen zu, Details müssten aber erst noch in weiteren Gesprächsrunden diskutiert werden. Pakistanische Medien spekulierten über ein Kredit- und Investitionsprogramm im Umfang von sechs Milliarden US-Dollar. Chinesische Medien betonten, dass Auslandshilfen kein Ersatz für nachhaltige Wirtschaftspolitik seien.

Tablighi-Chef Abdul Wahab verstorben

Haji Abdul Wahab, einer der Anführer der weltweit größten islamischen Missionsbewegung *Tablighi Jamaat* und seit 1992 Kopf der Bewegung in Pakistan, ist im Alter von 95 Jahren am 18. November in Lahore nach jahrelangem Kampf gegen das Denguefieber verstorben.

Unterstützung aus den Emiraten

Am 18. November traf Imran Khan erstmals seit Amtsantritt in Abu Dhabi Muhammad bin Raschid al-Maktum, Herrscher des Emirats Dubai und Vizepräsident der Vereinigten Arabischen Emirate. Die Delegationen beider Länder einigten sich auf eine langfristige strategische Wirtschaftspartnerschaft.

TLP-Führung unter Hausarrest

Nachdem die *Tahrīk-e Labbaik Pakistan* zu einem Märtyrertag am 25. November aufrief, wurden am späten Abend des 23. November Parteichef Rizwi, Parteivize Pir Afzal Qadri und Dr. Asif Ashraf Jalali, Direktor der TLP-Mutterorganisation TLYP (*Tehreek Labbaik Ya Rasool Allah Pakistan*), in Gästehäusern der Regierung unter Hausarrest gestellt. Zusätzlich wurden in dieser Nacht alle regionalen TLP-Führer und etwa 300 Aktivisten der Partei festgenommen. In einigen Städten kam es spontan zu Protesten und dem Einsatz von Tränengas durch Polizeikräfte.